

DAS PAMPHLET

SCHRIFT DER ANARCHISTISCH-SYNDIKALISTISCHEN JUGEND (BONN) NR. 3 / OKT.

S.2

Asyl im neuen
Deutschland

Zu Geflüchteten und
deutscher Ideologie

S.4

Kommt
zusammen!

Zum Tag des indigenen
Widerstands

S.6

Zwischen den
Stühlen

Von Solafismus und
Rechtspopulismus

S.7

Zur Lage der
politischen
Gefangenen in
Belarus

S.9

Solidaritätsaktion mit
den gefangenen Anar-
chist_innen in Belarus



"Niemand kann frei sein, solange es nicht alle sind." - Erich Mühsam, Befreiung der Gesellschaft vom Staat. Was ist kommunistischer Anarchismus? (1932)



Asyl im neuen Deutschland

In der Europäischen Union wurden 2011 75% aller Asylanträge abgelehnt oder nicht inhaltlich geprüft. In Deutschland bleibt, trotz eines leichten Anstiegs der Asylsuchenden, die Zahl derer, denen Aufenthalt gewährt wird, nahezu konstant bei 21,6% - und das, obwohl Rückschiebungen nach Griechenland ausgesetzt wurden. Bei diesen Rückführungen im Rahmen des sog. Dublin II-Verfahrens geht es darum, dass der EU-Staat, über welchen die Einreise in die EU erfolgte, für das Asylverfahren zuständig ist. Deutschland, umgeben von Dublin-Staaten, profitiert besonders davon, da Anträge so ungeprüft abgelehnt und die Menschen in die Nachbarländer abgeschoben werden können. Daher liegt die Aufrechterhaltung dieser Regelung im besonderen Interesse Deutschlands [1].

Doch auch wenn die Asylsuchenden in Deutschland bleiben dürfen, ist dies noch lange keine Garantie für ein menschenwürdiges Leben. Die Sammelunterkünfte in Geflüchtetenlagern – bei denen die Menschen schon froh sein können, wenn es sich dabei um „richtige“ Häuser und nicht um Containerkomplexe wie z.B. in Bayern, handelt [2]

– weisen oft prekäre Zustände auf: Hygienische Mindeststandards werden nicht eingehalten, Privatsphäre ist sowieso nicht vorhanden, die Versorgung ist teils sehr schlecht, die Menschen werden/sind sozial isoliert, ein Dialog mit der Außenwelt wird sofort unterbunden. Bürokratische Hürden und ein komplexes, auf Ausgrenzung angelegtes Rechtssystem tun ihr Übriges, um die Lage der Menschen zu zementieren.

Die bürgerlichen Medien zeigen kein gesteigertes Interesse an den Lebensbedingungen von Geflüchteten, solange diese ihre Situation nicht selbst in die Öffentlichkeit tragen und zum Thema machen. Doch erfordern solche Schritte erheblichen Mut, da sie mit schwerwiegenden negativen Konsequenzen verbunden sein können. Zudem ist es überaus schwierig, sich aus der Isolation der Lager heraus Gehör zu verschaffen. Fraglich, wenngleich zynisch, ist, ob es nicht als Fortschritt betrachtet werden kann, wenn die Medien das Thema am liebsten totschweigen möchten. Angesichts der rassistischen Rhetorik der 90er Jahre, in denen der Spiegel mit ähnlichen Bildern wie die Republikaner Stimmung gegen Asylsuchende

Editori@l:

Hallo,
ihr haltet hiermit die dritte Ausgabe des „Pamphlets“ in der Hand. Das Pamphlet ist das unregelmäßig erscheinende Infoblatt der ASJ (Anarchistisch Syndikalistische Jugend) Bonn.

Auch wenn wir versuchen, die Ausgaben regelmäßig mit eigenen Artikeln zu füllen, sind wir trotzdem nicht abgeneigt auch eure Artikel zu veröffentlichen. Ebenso freuen wir uns über jede Menge und Art von Regung, Kritik und Zuspruch.

Schreibt uns einfach unter: **asjbonn@riseup.net**

Mehr Infos über uns und ältere Ausgaben des Pamphlets findet ihr auf: **asjbonn.blogspot.de**

Viel Spaß beim Lesen,
Euer Redaktionskollektiv



machte, ist es möglicherweise besser so [3]. Doch eine kritische öffentliche Auseinandersetzung mit den Lebensverhältnissen der Geflüchteten würde auch dem aktuellen Kurs der deutschen Gesellschaft zuwiderlaufen, in dem sich die Volksgemeinschaft als weltoffen und tolerant geriert. Der neue Nationalismus – nicht trotz, sondern wegen Auschwitz –, der sich spätestens seit dem „Antifa-Sommer 2000“, bzw. dem „Aufstand der Anständigen“ (bei welchem der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Zivilgesellschaft zum Protest gegen Rechts aufrief, was eine Sintflut symbolischer Aktionen nach sich zog) manifestiert hat, erhebt den Anspruch eines neuen, geläuterten Deutschlands, welches aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hätte. Die Fassade wird von der Regierung und den Medien tatkräftig gestützt, doch gleichzeitig wird – zum Teil in aller Öffentlichkeit – das Asyl-/Einwanderungsgesetz verschärft, ohne dass dies im weltoffenen, toleranten Deutschland auf Protest stoßen würde. Die Selektion zwischen deutsch und nicht-deutsch gehört nach wie vor zur Tagesordnung. Dementsprechend werden die Geflüchteten eben vom Volkskörper isoliert und menschenrechtswidrig behandelt. So hat sich alles in allem wenig verändert. Der Hass auf „das Fremde“ bzw. Geflüchtete

zeigt sich zwar weniger offen und tritt eher in kryptischer oder alltagsrassistischer Form zu Tage, doch sind die Umstände der Menschen, welche nicht in das geläuterte Deutschland passen, nicht wesentlich besser geworden.

Als Konsequenz lässt sich hieraus ziehen, dass jede Verbesserung der Situation der Geflüchteten wohl erkämpft werden muss, jeder kleinste Fortschritt schon als Gewinn zu betrachten ist – doch eine wirkliche Freiheit der Menschen nicht mit dem deutschen Nationalismus einhergehen kann, sondern einen kompletten Bruch voraussetzt.

[1] <http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/>

[2] http://www.proasyl.de/de/themen/menschenrechte/detail/news/deutschland_lagerland/

[3] September 1991 zeigte der Spiegel auf seinem Cover eine völlig überfüllte „Arche Deutschland“, die dem „Ansturm der Armen“ – visualisiert durch Strichmännchen – nicht gewachsen schien. Die Republikaner verwendeten '91 auf einem Plakat unter dem Slogan „Das Boot ist voll – Schluss mit Asylbetrug“ eine ähnliche Darstellung der „Arche Deutschland“.

Anzeigen:

schwarzes kleeblatt

Zeitung der Anarchosyndikalistischen Jugend Berlin

DA

DIREKTE AKTION

anarchosyndikalistische Zeitung



GÃIDÃO

ZEITSCHRIFT DER ANARCHISTISCHEN FÖDERATION

Zum Tag des indigenen Widerstands

Anlässlich des Tages des indigenen Widerstandes organisierte die ASJ Bonn in der Bonner Innenstadt einen Infostand, an dem unterschiedliches Material (Zeitschriften, Bücher, DVD's etc.) zur Information der Passanten bereitlag. Im Folgenden ist ein Flyer, der an diesem Tag verteilt wurde, abgedruckt.

Am 12. Oktober 1492 landete Christoph Kolumbus mit seinen Schiffen an einer Insel der Bahamas. Mit diesem Tag der „Entdeckung Amerikas“ begann die Kolonialisierung der sogenannten Neuen Welt. Schon der Begriff „Entdeckung“ macht die subjektive Sichtweise Europas deutlich – ein Phänomen, das als eurozentristische Weltsicht[1] beschrieben wird. Der amerikanische Kontinent wurde zwar durch Kolumbus für Europa erschlossen, doch wurde das Land schon seit Jahrtausenden von Menschen bewohnt.

Der 12. Oktober wird in vielen v.a. spanischsprachigen Ländern gefeiert. Die Bezeichnungen als „Tag der Hispanität“ (in Spanien) oder sogar „Tag der Rasse“ (in einigen lateinamerikanischen Staaten) zeigen den eigentlichen Hintergrund des Festtages. Die Landung des Kolumbus war der Startpunkt für Jahrhunderte von Umweltzerstörung und systematischer Ausbeutung und Vernichtung von Menschen, die in verschiedenen Formen bis heute andauert.[2] Der Glaube an die eigene Fortschrittlichkeit, religiöser Fanatismus und rassistische Ideologien waren nicht nur damals treibende Kräfte. Diese Mechanismen greifen auch heute noch. Ihr Nährboden war und ist ein System, das auf der Bereicherung mit Geld und Macht auf der einen und Unterdrückung und Ausbeutung auf der anderen Seite beruht.

Auf dem ganzen amerikanischen Kontinent werden bis heute indigenen Menschen Le-

bensgrundlagen genommen und die Gesellschaften sind durch rassistische Spaltungen geprägt. Wenngleich eine eindeutige Grenzziehung zwischen „armen Indigenen“ und „reichen Weißen“ europäischer Abstammung sicherlich verkürzt ist, so sind dennoch die Auswirkungen der Geschichte bis heute spürbar. In der Masse der vom kapitalistischen System Unterdrückten und Ausgebeuteten findet sich ein großer Teil der Indigenen wieder. Rassistische Gesetze und Vorurteile fallen im Kapitalismus nicht von Ungefähr auf fruchtbaren Boden. Ein System das auf einem Drang nach Macht und der Vermehrung von Reichtum beruht, sucht sich immer eine Schar von „Verlierer_innen“, um sich selbst am Leben zu erhalten.

Dabei wird häufig übersehen, dass diese „Verlierer_innen“ sich zum Teil erbittert gegen diese Verhältnisse wehren.

Beispielsweise im Jahr 2000 zwang der internationale Währungsfonds Bolivien zur Privatisierung des Wassers, was zu einer Verdreifachung der Preise führte. In der Folge kam es zu einem Generalstreik und Protesten der Bevölkerung. Die durch das Verhalten der Polizei eskalierten Proteste in Cochabamba, bei denen sieben Menschen starben, gingen als „Guerra del Agua“ (Wasserkrieg) in die Stadtgeschichte ein. Schließlich aber gab der Staat dem Druck durch die Bevölkerung nach und die Privatisierung wurde rückgängig gemacht.

In Mexiko gerieten 1994 die sogenannten „Zapatisten“ im Süden Mexikos mit der Besetzung von Regierungsgebäuden in den Blick der Öffentlichkeit. Trotz erheblicher Repression durch Staat und Wirtschaft – mitunter auch Angriffe durch paramilitärische Gruppen – gibt es im Bundesstaat Chiapas noch immer zapatistische Gemeinden, die sich nach basisdemokratischen Ideen selbst verwalten. 2001 schafften es einige

dieser indigenen Gemeinden ein Projekt aufzuhalten, dass die Erforschung der biologischen Vielfalt der Umwelt vorschützte, um die Kontrolle über Pflanzen, Kultur und Verwaltung zu erringen. Seit 2011 versucht auch die Bundesrepublik Deutschland ein solches Projekt durchzusetzen und der Widerstand regt sich erneut.[3] Die deutsche Regierung erhofft sich offenbar neue Märkte für die Industrie zu erschließen.

Die beteiligte „Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ und das „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (beide mit Sitz in Bonn) schweigen sich trotz ihrer Beteiligung über die Vorgänge aus, während es in den Protokollen heißt: „Die Umsetzung der neuen Ordnung der Territorien soll sich über die gesamte soziale und kulturelle Ordnung erstrecken.“ Forschung und vor allem Wirtschaft werden offensichtlich keine Rücksicht auf die betroffenen Menschen vor Ort nehmen.

Bei der Betrachtung indigener Bewegungen wollen wir konstruktive Ansätze betonen aber nicht überhöhen. In den Traditionen indigener Kulturen sehen wir viele positive Ansätze von Pluralität, Selbstorganisation und basisdemokratischer Konsensfindung. Das Klischee der „edlen Wilden“ hat jedoch keinen Platz in unserem Versuch einer ganzheitlichen Auseinandersetzung. Herrschaftskonstrukte, wie patriarchale[4] Strukturen, lehnen wir ab und wenngleich die Besinnung auf die Geschichte des Kontinents positiv ist, hegen wir keine Sympathien für staatliche Systeme, wie das Venezuelas, in dem Hugo Chavez den 12. Oktober als „Tag des indigenen Widerstands“ für seine Politik instrumentalisiert. Und auch Evo Morales der indigene Präsident Boliviens schafft es nicht seine Versprechungen umzusetzen, während verschiedene Beobachter vor einer militärischen Eskalation der Konflikte im Land warnen. Schuld haben nicht allein oppositionelle Kräfte, die sich gewaltsam gegen

Verstaatlichungen wehren, vielmehr basieren die Probleme, wie so oft, auf einem unsozialen System, das sich nicht um die Bedürfnisse und das Können der Menschen schert.

Eine solidarische Gesellschaft, die gleichberechtigt von allen Menschen selbst verwaltet wird, werden wir nur erreichen wenn wir uns gemeinsam organisieren und unsere Probleme angreifen.

Wir solidarisieren uns mit den Menschen in Amerika, die genau dies tun.

„Wir könnten täglich kotzen über den Zustand der Welt.

Wir haben nicht das Rezept aber wir haben Ideen die Dinge besser zu machen.

Viele sind schon dabei:

Hinterfragen, untergraben, widerstehen, rebellieren, bauen auf, organisieren, experimentieren.

Kommt zusammen!“[5]

[1]... (und sich durch die Übertragung von Weltanschauungen, Werten und Normen auch in vielen anderen Bereichen deutlich zeigt) ...

[2]Umfassender Überblick über die Kolonialisierung Süd- & Mittelamerikas: „Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents“ von Eduardo Galeano

[3]Aktuelle Informationen insbesondere zu Mexiko siehe die Zeitschrift: „Tierra y Libertad. Land und Freiheit – Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr.“ www.tierra-y-libertad.de (erhältlich auch im Buchladen LeSabot, BreiteStr. 76, Bonn; www.lesabot.de); zum Thema Biodiversität bzw. Biopiraterie: Nummer 71, 17. Jahrgang, Frühjahr 2012

[4]Patriarchat = Herrschaft von Männern; Prägung von Normen & Werten durch eine fiktive männliche Überlegenheit

[5]Aus dem Aufruf zum „Rebellischen Zusammentreffen“ 2012, www.rebellisches.no

Zwischen den Stühlen

Am Samstag, den 05. Mai, wollten weniger als 30 Aktivist*Innen von Pro NRW im Rahmen ihrer Landtagswahlkampf tour vor die König Fahd Akademie in Bonn ziehen um dort Mohammed Karikaturen zu zeigen. Zugewogen waren allerdings ca. 500 Gegendemonstrant*Innen, welche die kulturalistisch motivierte Provokation unterbinden wollten. Jedoch handelte es sich bei diesen zu einem großen Teil um Salafist*Innen, Angehörige einer islamistischen Bewegung.

Der religiöse Wahn schlug an dem Tag in offene Gewalt um. Die Salafist*Innen griffen mit Holzlatten und Steinen die Polizei an, einer ging sogar mit einem Messer auf sie los.

Verletzt wurden einige Polizist*Innen, teilweise durch Messerstiche. 109 Salafist*Innen wurden verhaftet und gegen einen 25-jährigen wird wegen versuchter Tötung ermittelt.[1]

Die Stadt Bonn hat aus den Ausschreitungen die Konsequenz gezogen die salafistischen Infostände in der Innenstadt, bei welchen der Koran verteilt wurde, zu verbieten[2]. Sicherlich eine Maßnahme um Islam*Innen ein Stück Öffentlichkeit zu nehmen, doch ausreichend ist es in Bonn, einer Hochburg des Salafismus[3], sicherlich nicht. Islamistisches, menschenverachtendes Gedankengut wird nicht nur von Pierre Vogel sondern auch von studentischen Gruppen und der BIG-Partei verbreitet[4].

Religiöse Fundamentalist*Innen, welche of-

fen Antisemitismus und Homophobie propagieren, können niemals Bündnispartner*Innen sein, auch nicht gegen Pro NRW oder andere Rechtspopulist*Innen. Islamist*Innen hängen einer Ideologie an, die zwangsläufig auf die Vernichtung aller Ungläubigen hinausläuft[5]. Das sich dieser Wahn in Deutschland eher marginal artikuliert, also nur in seltenen Fällen in Gewalt ausartet, kann wohl als Glück bezeichnet werden, angesichts dessen, dass 150 gewalttätige Kämpfer*innen des globalen Dihad aus Deutschland kamen[6].

So stehen also jene, welche eine befreite Gesellschaft anstreben, zwischen den Fronten von Rechtspopulist*Innen und Islamist*Innen. Eine Patentlösung für einen angemessenen Protest oder ein wirkungsvolles Vorgehen gegen beide haben wir nicht und diese muss wohl auch erst noch gefunden werden. Klar ist allerdings, dass wir uns nicht blind mit allen gegen Rassist*Innen stellen können, da wir auch mit manchen Gegner*Innen von Pro NRW nichts teilen. Eine intensivere Auseinandersetzung mit dem radikalem Islam scheint notwenig, um das Bedrohungspotenzial dieser Ideologie zu erfassen, aber auch um effektive Strategien entwickeln zu können, diesem entgegenzutreten. Dabei muss Mensch aber auch darauf bedacht sein, nicht in kulturalistische Erklärungsmuster abzudriften, wie sie auch von Rechtspopulist*Innen genutzt werden. Die Kritik muss einen emanzipatorischen Charakter haben, es darf nicht die Situation

eintreten, in der Genoss*Innen sich am Ende auf Kundengebungen zwischen Rassist*Innen wiederfinden. Eine deutliche Abgrenzung ist also auch hier vonnöten. Insgesamt muss also eine größere Konsequenz gegen jegliche reaktionäre und regressive Tendenzen an den Tag gelegt werden, die auch punktuelle Zusammenarbeit ausschließt. Der Feind meines Feindes ist nicht mein Freund!



[1]<http://jungle-world.com/artikel/2012/19/45406.html>

[2]http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/presseportal/pressemitteilungen/19189/index.html

[3]<http://www.fr-online.de/politik/salafisten-haftbefehl-wegen-mordversuchs,1472596,15195052.html>

[4][http://gruppegeorgelser.word-](http://gruppegeorgelser.wordpress.com/2012/05/06/beim-barte-des-pro-)
[press.com/2012/05/06/beim-barte-des-pro-](http://gruppegeorgelser.wordpress.com/2012/05/06/beim-barte-des-pro-)

pheten/

[5]Schütz, Mathias; Ideologien der Vernichtung: Nationalsozialismus und radikaler Islam; Bonn 2011

[6]<http://jungle-world.com/jungleblog/1680/>



Buchladen Le Sabot
Breite Str. 76 Bonn Tel.: 0228/695193
Wir haben Bücher, Zeitschriften
CDs, Graffitibedarf, Textilien
vegane Lebensmittel u.v.m.
www.lesabot.de



Zur Lage der politischen Gefangenen in Belarus:

“Gestern wurden die Kinder von irgendjemandem verhaftet und wir dachten es ware nicht unser Problem. Heute haben sie unsere Kinder verhaftet. Morgen werden sie die Kinder von jemand anderem verhaften. Menschen seid auf der Hut! Lasst es nicht zu!”

Dies sind die Worte von Valentina Alinevich, der Mutter von Ihar Alinevich. Er ist einer von 5 anarchistischen, politischen Aktivisten, die aufgrund ihres Nonkonformismus zu bis zu 8 Jahren Haft, unter teils verschärften Bedingungen, verurteilt wurden. Vorgeworfen wurden ihnen unter Anderem Aktionen gegen die russische Botschaft in Minsk, eine Bank, ein Casino sowie ein Gefängnis in Soligorsk und eine antimilitaristische Demonstration gegen eine gemeinsame Kampfabung der belarussischen und russischen Soldaten. Bewiesen wurde nichts davon, die Angeklagten erklärten an der Demonstration teilgenommen zu haben, die restlichen Aktionen jedoch nicht zu verantworten.

Aliaksandr Dziadok, langjähriger Anwalt, Richter und Vater von Mikalai Dziadok stuft den Urteilsspruch als unrechtmäßig und illegal ein, da die Angeklagten trotz eines

Mangels an Beweisen und unter Verstoß gegen grundlegende Rechte verurteilt wurden. Weiterhin erklärt er, dass ein objektives Gericht, welches die Gesetze beachte, sämtliche Anklagen hätte fallen lassen. Seit diesem Prozess sind nun zwei Jahre vergangen, die Gefangenen wurden von internationalen Menschenrechtsorganisationen als politische Gefangene eingestuft. Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko begnadigte unter dem Druck der EU 30 politische Gefangene, doch für die gefangenen Anarchisten hat sich die Situation in diesen zwei Jahren nicht verbessert. Ganz im Gegenteil.

Nicht nur, dass sie weiterhin unschuldig im Gefängnis sitzen, ihre Haftbedingungen sind, auch nach den Richtlinien von Menschenrechtsorganisationen, untragbar. Mikalai Dziadok wurde Beispielsweise dafür, dass er sich weigerte mehr als die 40 Stun-

den Arbeit zu leisten, die Gefangene in belarussischen Strafkolonien zu leisten haben, mit 6 Monaten Isolationshaft bestraft. In dieser Zeit darf er keinerlei Kontakt, weder persönlich noch telefonisch, nach außen unterhalten und wird von Unterstützung von außen nicht erreicht. Aliaksandr Frantskevich wurde in einer Bestrafungszelle untergebracht, da er sich weigerte seine Zelle zu putzen, was in den streng hierarchischen, belarussischen Gefängnissen als Arbeit für die „downcasts“ angesehen wird. Diese müssen in Abstand von anderen Gefangenen essen und arbeiten, sind für Drecksarbeit zuständig, werden von anderen als Objekte zur Erniedrigung und zum Sex benutzt. Zudem werden andere Gefangene zunehmend für den Kontakt mit ihm bestraft. Dies sind nur zwei Beispiele, die repräsentativ für eine ganze Reihe weiterer stehen.

Der Umgang mit den inhaftierten Anarchisten kann definitiv als psychische Folter gewertet werden, besonders wenn berücksichtigt wird, dass Lukaschenko verlauten ließ, dass er denjenigen politischen Gefangenen die Freiheit gewähren würde, die ihn persönlich um Gnade ersuchen würden.

Mit diesem Gnadengesuch gehen selbstverständlich ein Schuldeingeständnis und damit auch eine Berechtigungserteilung an den belarussischen Staat und Lukaschenko einher. So besteht die einzige Möglichkeit aus der unrechtmäßigen Haft zu entkommen darin, dieses Unrecht zu Recht zu erklären. Die einzige Möglichkeit zur Freiheit besteht darin die eigenen Ideale zu verraten.

Wie kann es sein, dass Menschen in einem Staat, der sich als Demokratie bezeichnet, derartig behandelt werden, nur weil sie die bestehende Gesellschaft in eine transformieren wollen, die auf freiheitlichen Prinzipien fußt! Es ist eine bittere Ironie, dass genau dieser Prozess zeigt, wie existenziell notwendig eine grundlegende Veränderung des Systems eigentlich wäre, da diejenigen die konstruktive Verbesserungen herbeizuführen und von ihrem angeblichen Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch zu machen versuchen mit brutaler Härte verurteilt und bestraft werden.

Aus diesem Grund brauchen die gefangenen belarussischen Anarchisten weiterhin und mehr denn je unsere Solidarität und Unterstützung.

Das kann ich tun:

Informiere dich und andere:

<http://abc-belarus.org>

<http://avtonom.org/en>

<http://fda-ifa.org/aufruf-zur-solidaritat-mit-den-inhaftierten-genossen-in-belarusweissrussland/>

Rufe in dem Belarussischen Konsulat an und erkundige dich nach dem Befinden der Inhaftierten und deren Freilassung

(0228) 201.1332 / (0228) 201.1310

Erzeuge öffentlichen und medialen Druck mit allen Mitteln, die dir zur Verfügung stehen



Solidaritätsaktion mit den gefangenen Anarchist_innen in Belarus

Am Samstag, den 22. September, demonstrierten 14 Aktivist_innen vor dem belarussischen Konsulat in der Fritz-Schäfer-Straße 20 in Bonn. Sie forderten die Freiheit der in Belarus inhaftierten anarchistischen Genoss_innen.

Anlass waren die an diesem Wochenende stattfindenden Parlamentswahlen, aus denen wieder einmal der jetzige Präsident Alexander Lukaschenko als Sieger hervorgehen wird. Lukaschenko regiert das Land diktatorisch und lässt Gegner_innen des Regimes gnadenlos verfolgen, inhaftieren und verschwinden.

Den gefangenen Anarchist_innen werden verschiedene Taten vorgeworfen, bei denen keine Menschen zu Schaden kamen; So sollen sie zum Beispiel eine Geheimdienstzentrale entzündet und an ungenehmigten

Demonstrationen teilgenommen haben. Es geht nicht darum, ob die Genoss_innen die Taten, die gerade in einem Land wie Belarus legitim und notwendig sind, tatsächlich begangen haben oder nicht. Sie sitzen wegen ihrer anarchistischen Ideale im Knast.

Im Zuge der Solidaritätsaktion am 22.09.2012 wurde vor dem Konsulat ein Transparent mit der Aufschrift „Niemand kann frei sein, solange es nicht alle sind“ entrollt. Es wurden zwei Redebeiträge verlesen, die auf die Repression in Belarus und speziell auf die Haftbedingungen der inhaftierten Genoss_innen hinwiesen. Des weiteren wurde die Kooperation zwischen der deutschen und der belarussischen Polizei angeprangert.

Im Anschluss zogen die Aktivist_innen in die Bonner Innenstadt, um die Aktion zu wi-



Kundgebung vor dem belarussischen Konsulat

Wer ist diese...ASJ?

Die Anarchistisch-Syndikalistische-Jugend (ASJ) ist eine Gruppe libertärer Jugendlicher und junger Menschen. ASJ-Gruppen gibt es noch in einer ganzen Reihe weiterer Städte. Darüber hinaus stehen wir im Austausch mit anderen Gruppen und Netzwerken, die unsere Vorstellungen von emanzipatorischer politischer Arbeit teilen. Als Beispiel seien hier nur die FAU (Freie Arbeiter_innen Union) und lokale Antifa-Gruppen genannt.

Uns allen innerhalb der ASJ gemeinsam ist eine Kritik am Bestehenden und der Wunsch, ebendieses zu verändern. Ausgehend von der anarchistischen Kritik an Staat und Kapital(ismus), wollen wir uns nicht mit den herrschenden Zuständen zufrieden geben, die tagtäglich unermessliches Leid (physisch wie psychisch) für unzählige Menschen und Tiere bedeuten.

Die Grundlage unserer politischen Ziele ist die Überzeugung, dass Menschen von Natur aus in der Lage sind, in einer solidarischen Gemeinschaft – also gleichberechtigt, tolerant, respektvoll und in gegenseitiger Unterstützung – zu leben. Dies kann unserer Ansicht nach schon heute versucht werden, die ASJ ist ein solcher Versuch. Zugleich muss jedoch klar sein, dass eine wirklich freie Welt erst nach dem Umsturz der Heutigen entstehen kann. Deshalb sehen wir es als notwendig an, immer wieder die heutigen Missstände anzuprangern und aktiv gegen diese vorzugehen.

Lokale Gruppen:

ASJ Bonn
asjbonn.blogspot.de/
asjbonn@riseup.net

AG Köln
agkoeln.blogspot.de/
agkoeln@riseup.net

LJS Siegburg
libertaerejugendsu.blogspot.de/

FAU Bonn
fau-bonn.de/

FAU Köln
allgemeinessyndikatkoeln.blogspot.de/

Asik (Koblenz)
asik.blogspot.de/

Junge Antifa Siegburg
afasgb.blogspot.de/



Antifa Bonn/Rhein-Sieg
antifabonn.blogspot.de/

Phoenix aus der Tasche
phoenix.blogspot.de/

Refugees Welcome Bonn
welcome.blogspot.de/

Riot Skirts
riot-skirts.de/

TiBo
ti-bo.org/

TERMINE

Triff uns bei unseren festen Terminen:

Offenes Ortsgruppentreffen der ASJ Bonn

1. Mittwoch des Monats // ab 19Uhr // Netzladen, Wolfstr. 10, Bonn

ASJ Kino-Abend

3. Freitag des Monats // ab 20Uhr // Netzladen, Wolfstr. 10, Bonn

Anarchistischer Tresen

letzter Freitag des Monats // ab 20Uhr // Netzladen, Wolfstr. 10, Bonn

Unsere Freund*innen:

Ortsgruppentreffen der FAU Bonn

jeden Mittwoch des Monats (außer dem ersten) // ab 20Uhr // Netzladen Wolfstr. 10, Bonn

Schwarzer Tresen der AG Köln

2. Mittwoch des Monats // 20:00Uhr // AZ Wiersbergstr. 44, Köln

Wechselnde Termine und Veranstaltungen (nicht nur von uns) findest du auf:

BONN-INFO TK

TERMINE AUS
KULTUR & POLITIK